

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XX/232

Bonn, den 3. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Nachklang zur Bundestagsdebatte</u> Staatsbewußte, aber harte Opposition	72
2	<u>So einfach ist das</u> Die vergessene Personalakte des Herrn von Pölnitz	22
3	<u>Die Länderbank im Bundestag...</u> ... sollte niemals leer sein Von Fritz Säger, MdB	47
4 - 5	<u>Unsere Straßen im Winter</u> Gemeinden dürfen nicht Prügelknaben sein Von Klaus Rusticus, Hannover	79
6	<u>SBZ-Werbung in Lateinamerika</u> Beachtenswerte Aktivität Von Helmut F. Bärwald	44

+ + +

### Nachklang zur Bundestagsdebatte

#### Staatsbewußte, aber harte Opposition

sp. - Die 5. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat gut angefangen. Die große viertägige Debatte über die Regierungserklärung mit ihren Höhen und Tiefen zeigte das Parlament insgesamt in einer Form, die, wird sie die nächsten vier Jahre beibehalten, sein Ansehen wieder hebt und ihm neue Würde verleiht. Lebensfragen der Nation standen zur Debatte. Opposition und Koalition wetteiferten um den besten Weg deutscher Politik. Gemeinsames und Trennendes fanden stärkere Akzentuierung. Koalition und Opposition machten klar, wo sie stehen, wie sie zueinander stehen und legten die Marschrichtung fest.

Weite Strecken des zu beschreitenden Weges werden beide Träger des Staates in Gleichschritt ziehen. Das trifft vor allem für die Außenpolitik zu. Die großen Auseinandersetzungen in den ersten Jahren der Bundesrepublik, in denen es um die Fixierung der deutschen Politik ging, werden sich wohl kaum wiederholen. Die Möglichkeiten deutscher Außenpolitik bleiben begrenzt, das Wenige, das in einer rasch sich verändernden Welt getan werden kann, kann nur gemeinsam oder überhaupt nicht getan werden. Die Lage der Nation verbietet es allen staatstragenden Parteien, ihre Kräfte im kleinlichen Streit oder im Verfolg illusionärer Zielsetzungen zu verschleifen. Nur die Manifestation eines einheitlichen, auf das Erreichbare gerichteten nationalen Willens kann die deutsche Frage vorbringen, kann unsere Freunde und Gegner bewegen, sich auch damit zu befassen und sie in ihr Kalkül mit einzubeziehen. Weder Koalition noch Opposition können Einzeltouren unternehmen, sie wären zur Erfolglosigkeit verurteilt und würden die Dinge belassen, wie sie sind. Diese Einsicht bleibt ein dauernder Gewinn dieser Debatte, befruchtet die deutsche Politik, gibt ihr mehr Kraft und Stärke.

Einigkeit besteht zwischen den beiden Trägern des Staates auch darüber, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau im großen und ganzen abgeschlossen ist, das stürmische Tempo der vergangenen Jahre nicht mehr beibehalten werden kann. Nun gilt es, das Bestehende zu erhalten und notwendige Anpassungen und Korrekturen mit Bedacht vorzunehmen.

Diese Einigung im Grundsätzlichen schließt freilich ein hartes Ringen um Details - und manchmal mehr als um Details - nicht aus. Hier erfolgt die Weichenstellung für die Zukunft. Gerade auf dem weiten Feld der Innenpolitik wurde die Schwäche der Koalition sichtbar, ihr Mangel an Vorausschau und ihre Begrenzung. Die zweite Regierung Erhard leidet an den Sünden und Unterlassungen des ersten Kabinetts Erhard. Sie trägt die Hauptverantwortung für die Welle von Preissteigerungen, sie ließ zu, daß der Staatshaushalt aus den Fugen geriet, sie handelte nicht wie ein guter und besorgter Hausvater, als sie vor den Wahlen durch Wahlgeschenke die Finanzkraft über Gebühr beanspruchte und dadurch Entwicklungen auslöste, die heute jeder zu spüren bekommt. Die Regierung gab ein schlechtes Beispiel öffentlichen Verhaltens. Wer Versprechungen macht, obwohl er weiß, sie können nicht eingehalten werden, überschreitet die Grenzen des Zulässigen. Würden die Bürger sich daran ein Beispiel nehmen und im Verkehr miteinander Redlichkeit und Wahrheitsliebe so mißachten, wie es das erste Kabinett Erhard tat, kämen wir in einen Zustand der Anarchie hinein, der jedes geordnete Zusammenleben unmöglich machte.

Eine verantwortungsbewußte Opposition kann solchem Weg nicht folgen. Ihre Pflicht ist es, dem Volk zu nützen und Schaden von ihm abzuwenden. Deshalb erfolgte die Ablehnung des Haushaltssicherungsgesetzes. Woher

nahm eigentlich die Regierung den Mut, von der Opposition Zustimmung für dieses Gesetz zu verlangen, das sie selbst verschuldete? Hier dürfte es keine Verwischung von Verantwortlichkeiten geben.

Bundeskanzler Erhard selbst ist wohl nicht der Mann, unser Staatsschiff durch stürmische Gewässer sicher zu geleiten. Nur zweimal nahm er in dieser viertägigen Debatte das Wort; er machte dabei keine glückliche Figur. Das liegt auch in den Kräfteverhältnissen innerhalb der mühselig zusammengeflückten Koalition. Der Bundeskanzler wird mehr geschoben, als daß er regiert. Seine Hilflosigkeit schlug sich in seinem Regierungsprogramm nieder, das mehr Rätsel als festumrissene Verhaben enthält. Sein Programm einer formierten Gesellschaft blieb nebulos. Nicht einmal die Minister seines Kabinetts waren imstande, es zu erhellen und Richtungsweiser sichtbar werden zu lassen.

Die Innenpolitik bleibt das entscheidende Kampffeld zwischen Regierung und Opposition. Hier werden die heftigsten Schlachten um eine tragfähige Sicherung unseres staatlichen Hauses geschlagen. Die Sozialdemokratie befindet sich hier auf gutem Boden, sie verfügt, orientiert am Auftrag des Grundgesetzes, über gutfundierte, der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts angemessene Vorstellungen, denen Regierung und Koalition nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermögen.

+ + +  
So einfach ist das...  
-----

#### Die vergessene Personalakte des Herrn von Pölnitz

sp - In München ist man verärgert; besonders der bayerische Kultusminister Huber (CSU) fühlt sich verletzt. Ein hoher Beamter seines Ministeriums, Ministerialdirigent von Elmenau hat seinen Chef in arge Verlegenheit gebracht. Es geht um den "Fall Pölnitz", den zurückgetretenen Gründungsrektor der neuen Universität Regensburg. Herr von Pölnitz hatte sich nachsagen lassen müssen, er habe als Dozent an der Universität München in den Jahren 1942/43 recht erhebliche Beweise seiner nationalsozialistischen Gefolgschaftstreue gegeben. Als Journalisten meinten, Herr von Pölnitz sei wohl nicht der geeignete Gründungsrektor, wurde die Angelegenheit wegen Mangels nach nachweisbaren Verfehlungen zunächst unter den Tisch gebügelt. - Der zweite Akt des "Fall Pölnitz" begann mit erneuten Hinweisen von Journalisten auf das Verschwinden einer Personalakte, die u.U. einige andere Anwürfe gegen den Gründungsrektor klären könnte. Und siehe da, es stellte sich heraus, daß der Leiter der Hochschulabteilung, von Elmenau, die Personalakte von Pölnitz aus dem Archiv der Universität angefordert hatte, ohne sie dem Minister vorzulegen. Wenn also nicht zufällig jemand von dem Vorhandensein dieser Akte Kenntnis gehabt hätte und wenn nicht zufällig nach dem Verbleib gefragt worden wäre, würde kaum ein Hahn danach gekräht haben. Jetzt ist der Minister mit Recht böse. Bei der Grundsteinlegung zu dem Bau der Universität Regensburg rückte die bayerische Prominenz ostentativ von Herrn von Pölnitz ab.

Herr von Pölnitz wird die peinliche Angelegenheit verschmerzen können und sicher weiterhin bis an sein Lebensende seine Bezüge kassieren. Was aber mit dem Ministerialdirigenten geschieht, ist bisher nicht bekannt geworden. Böses hat er eigentlich nicht getan. Er ließ nur eine Personalakte in seinem Schreibtisch liegen und "vergaß", diese seinem Minister vorzulegen.

So einfach ist das...  
+ + +

### Die Länderbank im Bundestag...

... sollte niemals leer sein

Von Fritz Sanger, MdB

In der dreitagigen Aussprache des Deutschen Bundestages zur Regierungserklärung gab es ein Zwischenspiel, das in mehrfacher Hinsicht Lehren bieten sollte. Die Stellungnahmen der Fraktionen des Bundestages wurden vor den fast leeren Bänken abgegeben, auf denen die Vertreter der Bundesländer sitzen sollten, um den politischen Entwicklungen und Strömungen im Bundesparlament ihr Ohr zu leihen. Man kann nicht später aus gedruckten Texten nachlesen, was im Schwang des Vortrages und der Reaktion im Hause über politische Absichten und Widerstände oft hörbar, oft nur spürbar ausgesagt wird. Man muß dabei gewesen sein, wenn man ein zuverlässiges Bild gewinnen will. Und um dieses Bildes willen, das sie an ihre Landesregierungen zu geben hätten, sind doch wohl die Vertreter der Länder nicht zuletzt in Bonn tätig.

Wie auf zu vielen Gebieten in unserer Bundesrepublik, so ist leider auch in manchen Ländervertretungen das Verwaltungsgeschft zur hauptsächlichen Tätigkeit geworden. Daß der föderative Charakter unserer Staatsordnung auch diesen Besauftragten die Pflicht zum politischen Mitwirken und Mitdenken auferlegt, sollte bei Erledigung notwendiger Sachaufgaben nicht übersehen werden. Das politische Spiel wird im Bundesrat ausgetragen, der "Länderkammer", wenn man so will. Aber die zu ernstem Tun verpflichteten Spieler sollten sich aus der unmittelbaren Kenntnis der Willensäußerungen des Bundestages Anregung oder gar Anreiz holen. Chancen gibt es dafür in reichem Maße.

Die Diskussion zwischen dem hessischen Finanzminister Osswald und einigen unbelhrbaren Abgeordneten der CDU-Fraktion bezeugte am 1. und 2. Dezember, daß auch ein Landesminister mit Nutzen einer Bundestags-sitzung beiwohnen kann und auf der anderen Seite, daß der Bundestag durchaus Vorteil gewinnt, wenn tatsächliche Feststellungen kenntnisreich und redlich akzentuiert getroffen werden können. Das heißt nicht, daß Lnderangelegenheiten vor den Bundestag gebracht werden müssen. Aber da Länder und Bund aufeinander angewiesen sind und beide einander und voneinander nehmen, sollten sie sich auch dort begegnen, wo die Legislative, die gesetzgebende Gewalt, wirkt und wo die politischen Auseinandersetzungen am deutlichsten und in gültiger Weise verantwort-lich ausgetragen werden.

Es sollte keine Sitzung des Bundestages ohne mindestens einen Beobachter jedes Landes ablaufen, und es sollte selbstverständlich sein, weil es sinnvoll und nützlich ist, daß in den wichtigen Sitzungen, in denen die großen Gesetze beraten und verabschiedet werden, die verantwortlichen Beauftragten der Länder selbst im Bundestag sind. Auf dem Wege vom Staatsbürger zur Bundesexekutive sind die Länder ein wichtiger Teil zum Ganzen hin. Der Bundestag als die direkt gewählte Vertretung der Bürger nimmt vielfältig auf Lnderwnsche und -maßnahmen Bezug. Auch jenseits der verfassungsmäßig angeordneten Zusammenarbeit kann ein beiderseitig unmittelbares Informieren und notfalls Helfen ein Beitrag zur Effektivität parlamentarischen Wirkens sein. In unserem Deutschland wird keine Volksvertretung eine Erhöhung ihres Gewichtes ablehnen wollen.

## Unsere Straßen im Winter

Gemeinden dürfen nicht Prügelknaben sein

Von Klaus Rusticus, Hannover

Der frühzeitige Wintereinbruch führte in zahlreichen Gebieten der Bundesrepublik bereits zu einem Verkehrschaos. Die Natur forderte wiederum Erntet. Wenn man auch solch "höhere Gewalt" nicht mit noch so modernen technischen Mitteln jemals voll wirksam bekämpfen kann, so stülpt man sich doch im Bundesverkehrsministerium in jedem Winter die "weiße Tarnkappe" auf: Die Seeböhm'sche Ministerialbürokratie stempelt die Natur zum Prügelknaben des Chaos auf verschneiten und vereisten Straßen.

### Die winterliche Aufgabenverteilung

Die Gemeinden haben in ihrem Ortsbereich für den Winterdienst zu sorgen. Ihre Etatposten sind hierfür schnell aufgebraucht, wenn der Winter - wie in den letzten Wochen - mit Brachialgewalt ins Land stürzt, bevor seine offizielle Zeit laut Kalendarium gekommen ist.

Das gleiche gilt für die Bundesländer, deren Pflicht die Unterhaltung der Landstraßen ist.

Der Bund indessen hat für Bundesautobahnen und Bundesstraßen zu sorgen, assistiert wiederum von den Ländern.

So gesehen wäre eigentlich alles in bester Ordnung, wenn alle Bundesautobahnstrecken und Bundesstraßen zu allererst von Schneemassen befreit würden.

### Wie es in der winterlichen Straßenpraxis aussieht

Gegen Naturgewalten ist niemand gefeit. Auch der Bundesverkehrsminister mit seiner Ministerialbürokratie nicht. Schließlich kann er nicht mit Frau Holle eine Ehegemeinschaft eingehen.

Was ihm in der winterlichen Straßenpraxis vorzuwerfen ist, ist weniger der Streu- oder Entglättungsdienst. Wenn vielmehr Schneepflüge gerade noch "Fahrgassen" freimachen können, dann wird das Dilemma der schon im Sommer vielerorts zu engen Fernstraßen noch deutlicher.

Werden Schneemassen an normalerweise zweispurigen Bundesstraßen weggeräumt, schieben sie sich in der Regel an den Rändern und machen aus zwei Spuren eine. Schneepflüge oder -fräsen müssen in Fahrtrichtung eingesetzt werden - einmal, um den Verkehr nicht noch mehr zu blockieren, und zum anderen, weil sie bei starkem Wintereinbruch zahlenmäßig nicht ausreichen, um sofort beide Fahrspuren bedienen zu können. Die Enge so mancher Bundesstraße bringt es auch mit sich, daß die seitlich aufgeschichteten Schneeburgen nicht durch Maschinen beseitigt werden können. Hier kann nur Handarbeit

helfen, aber welche Straßenbauverwaltung verfügt schon über das erforderliche Personal?

Die Letzten beißen die Hände...

Länder und Gemeinden müssen auch in solchen Fällen wieder dran glauben. Denn oftmals ist eine Bundesstraße nicht nur Regionalverbindung, sondern auch eine wichtige Verkehrsader im Ortsnetz. Folglich bleibt zuletzt Ländern und Gemeinden nichts anderes übrig, als durch erhöhten Einsatz für die Räumung aller Straßen zu sorgen.

Das ist schließlich noch das geringe Übel, weil bei einem solchen Verkehrschaos durch Naturgewalt alle Institutionen zusammenarbeiten müssen. Nur zwingen sich für die Gemeinden als allerletzte Instanz weitere Belastungen insofern auf, weil durch notgedrungene Sperrung einer Regionalstraße ihr lokales Straßennetz infolge von Umleitungen über Gebühren beansprucht wird.

Der kommunale Winterdienst erhöht sich also noch um ein Vielfaches, weil mühsam freigemachte, einspurige "hohle Gassen" auf den Fernstraßen der selbst bei starkem Schneefall verringerten Verkehrsfrequenz nicht gewachsen sind. Das hat in den letzten Wochen in so mancher Gemeinde zu ganz erheblichen Störungen geführt, deren Folge Versorgungsschwierigkeiten - angefangen von Milchtransport bis zur Lieferung des gewohnten Lokalblattes - waren. Ganz abgesehen davon, daß der Einsatz von Haushaltsmitteln für den Winterdienst innerhalb der eigenen Gemeindegrenzen nicht noch auf den für auch nur vorübergehend regionale Umleitungen ausgerichtet werden kann.

Man sollte daraus Folgerungen ziehen...

Nun werden sich solche Umleitungen im Winter niemals vermeiden lassen, keine Gemeinde wird ihre eigenen Ortsstraßen für den Fernverkehr sperren, wenn Bundesstraßen oder sogar Autobahnen stunden- und tagelang unbefahrbar sind. Das Bundesverkehrsministerium sollte aber daraus Folgerungen ziehen:

- \* Primär bleibt die Forderung nach mehrspurigen Ausbau aller Bundesstraßen.
- \* Überall dort aber, wo der mehrspurige Ausbau noch lange auf sich warten lassen wird, muß der Bund den Landesstraßenverwaltungen Mittel gewähren, damit sie notfalls bei angeordneten Sperrungen von Fernstraßen im Winter auch die unmittelbaren Folgelaster für Umleitungen über Gemeindestraßen übernehmen können.
- \* Schließlich können Straßenverwaltungen durch Gewährung finanzieller Zuschüsse einen solchen zusätzlichen Winterdienst auf die Gemeinden delegieren.

So einfach, wie man es sich aber bisher in Bonn machte und den Kommunen die ganzen Folgelasten des im Winter noch unzureichenderen Fernstraßennetzes überläßt, kann es nicht weitergehen.

SBZ - Werbung in Lateinamerika

---

Beachtenswerte Aktivität

Von Helmut P. Bärwald

Von erheblichem Aufwand der SED-Propaganda begleitet, traf am 22. November in Bogotá, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Kolumbien, eine Delegation der sowjetzonalen "Volkskammer" zu einem zehntägigen Besuch ein. Die Sowjetzonen-Delegation erschien mit "großer Besetzung" in Kolumbien. Delegationsleiter ist der "Präsident der Volkskammer", Professor Dieckmann. Zu weiteren prominenten Vertretern des SED-Staates gehört der "Präsident des Obersten Gerichts der DDR", Dr. Toeplitz. Die Einladung der sowjetzonalen Abgesandten wurde vom kolumbianischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen, geht jedoch interessanterweise auf zwei extreme politische Gruppierungen in Kolumbien zurück: Auf die extreme Linke - die "Bewegung der revolutionären Linken" - und auf die extreme Rechte - den "Nationalen Volkstbund".

Stolzgeschwellt berichtete die sowjetzonalen Nachrichtenagentur u. a. über den Empfang der "Volkskammer"-Delegation im kolumbianischen Abgeordnetenhaus. Kritische Stimmen im Lande lassen jedoch erkennen, daß der "Good will"-Tour der sowjetzonalen Abgesandten Grenzen gesetzt sind. Die große in Bogotá erscheinende Tageszeitung "El Tiempo" wies bereits am ersten Tage des sowjetzonalen Besuchs darauf hin, daß es "in der Tat unberechtigt" sei, "die westdeutsche Regierung in dieser Weise zu beleidigen, mit der Kolumbien hervorragende Handels- und diplomatische Beziehungen unterhält."

In einem Pressegespräch beantwortete der "Präsident des Obersten Gerichts der DDR", Dr. Toeplitz, unter anderem Fragen nach der "Staatsgrenze in Berlin". Die bereits zitierte kolumbianische Zeitung hat darüber ihre eigene Meinung, wenn sie kritisch feststellt, daß die Regierung Kolumbiens nur Westdeutschland anerkennt, das Abgeordnetenhaus jedoch eine Einladung an die sowjetzonale Regierung ausgesprochen habe, die für die "schändliche Mauer von Berlin verantwortlich" ist. Kolumbien dürfe sich nicht, so warnte die Zeitung in diesem Zusammenhang, der Lächerlichkeit preisgeben, eine doppelgleisige Außenpolitik zu betreiben.

Solche offenen Worte dürften die Siegeszuversicht der sowjetzonalen Besucher und ihrer Auftraggeber dämpfen und können uns die Gewißheit geben, daß die deutsche Sache auch in Kolumbien gute Freunde hat. Gute Freundschaft aber will gepflegt sein. Dazu gehört auch - das kann nicht oft genug wiederholt werden - daß die Bundesrepublik Deutschland nicht der offensiven und regen Auslandspropaganda der SED das Feld überläßt. Weder Resignation noch Überheblichkeit, sondern wahre Worte an unsere Freunde, an die Unwissenden und Naiven, und überzeugende Taten auf dem außen- und innenpolitischen Feld der Bundesrepublik können unsere richtige Antwort auf solche außenpolitischen Aktivitäten der SBZ, wie die jüngste Reise der "Volkskammer"-Abgeordneten nach Kolumbien, sein.